



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/146 - 28.6.1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Hinweise

auf den Inhalt:

Sozialreform zur Seite geschoben	S. 1
Erste Bemerkung zur Brentano-Rede	S. 2a
Ludwig Meisinger, d.d.P.: Besuch in Israel	S. 3
Das Versprechen des General Clarke	S. 5
Der politische Katholizismus und die Kirche	S. 6

Kein Interesse an innenpolitischer Thema Nr. 1

H.R. Die erste Lesung der Regierungsentwürfs eines Gesetzes zur Reform der Rentenversicherung wird mit Recht als ein besonderer Tag des Bundesparlamentsministers bezeichnet. Sie ist aber zugleich ein erneuter Beweis für die sträfliche Überlässigkeit, mit der von der Regierung an die Erfüllung des Versprechens von 1953, "eine umfassende Sozialreform durchzuführen zu wollen", herangegangen wurde. Der Herr Bundeskanzler, der noch im August 1955 erklärte, "ich möchte die Sozialreform nicht nur als ein gleichrangiges Problem innerhalb der übrigen mich bewegenden innenpolitischen Fragen ansehen, sondern für mich ist die Sozialreform das innenpolitische Thema Nr. 1 schlechthin, den ich schon seit langem meine persönliche Aufmerksamkeit widme", hielt es für richtig, bei der Aussprache über die Rentenverträge zu schweigen und schon sehr bald durch Abweichheit vom Lesetermin zu einer umfassenden Sozialreform zu schweifen. Gleiches gilt auch für die überwiegende Mehrheit der übrigen Minister, die ebenfalls durch Abwesenheit glänzten.

Noch schlimmer aber ist, dass die Bundesregierung durch die Initiative der SPD, die schon am 19. April ihren Entwurf zur Verhandlung der Rentenversicherung vorlegte, völlig den Kopf verlor und eine unzureichende und fehlerhafte Vorlage dem Bundestag zur Beratung zubereitete. Der Verlauf der Debatte war dem auch entsprechend. Wieder einmal wurde deutlich, dass der zuständige Bundesminister einfach nicht in der Lage ist, der Vorsitzenden der Sozialdemokratie, die der Abg. Prof. Dr. Schellenberg vortrug, einige entscheidende Sozialpolitik war und - 2 -

ist nun einmal nicht die Stärke dieser Bundesregierung.

Der Abg. Horn, der die undankbare Aufgabe übernommen hatte, für die CDU/CSU zum Regierungsentwurf zu sprechen, muss dies wohl selbst empfunden haben, sonst hätte er nicht immer wieder die Bemerkung gemacht, dass man den einzelnen Vorschlägen im Grundsatz wohl zustimmen könne, im übrigen aber im zuständigen Sozialpolitischen Ausschuss des Bundestages noch vieles zu überprüfen und zu ändern haben werde.

Der Versuch des CDU/CSU-Abg. Ruf, mit einem Hinweis auf die Uhrzeit Prof. Schellenberg bei seiner eingehenden und vernichtenden Kritik zu unterbrechen, mag wohl ebenfalls auf den Wunsch zurückzuführen sein, möglichst bald über diese für Regierung und Regierungsparteien so peinliche Situation hinwegzukommen. Er verkannte wohl aber, dass ja schliesslich die 1. Lesung einer Vorlage dafür geschaffen ist, ihre Vorzüge und Mängel in aller Öffentlichkeit festzustellen. Mit Recht wies Prof. Schellenberg darauf hin, dass man eigentlich die Regierungsvorlage eben wegen ihrer Fehler und Mängel der Regierung zur nochmaligen Überarbeitung zurückverweisen müsste, hiervon aber heute im Sommer 1956, vor allem im Interesse der Rentner und Invaliden, Abstand nehmen.

Die Bemerkung des CDU/CSU-Abg. Horn, auch seine Freunde hätten es gern gesehen, wenn das Gesetz zur Reform der Rentenversicherung früher zur Beratung gelangt wäre, war wohl völlig fehl am Platze, zumal die Regierungsparteien ganz genau wissen, dass der nunmehr wieder einmal eintretende Zeitdruck bei den Beratungen im Ausschuss doch ausschliesslich auf das Versagen der Bundesregierung zurückzuführen ist und die Einbringung des SPD-Gesetzes überhaupt erst einmal dazu führte, dass die Regierung sich rührte. Ein Blick auf die Regierungsbank hätte auch dem letzten der Vertreter der Regierungsparteien klar machen können, dass es mit dem Interesse an innerpolitischen Thema Nr. 1 nicht weit her war und ist. Es bleibt zu hoffen, dass bei den kommenden Ausschuss-Beratungen es möglich sein wird, aus dieser Regierungsvorlage, die keinesfalls ein erster Schritt zu einer umfassenden Sozialreform ist, wenigstens mit Hilfe der Formulierung des SPD-Rentengesetzes den Anfang für eine brauchbare Rentenreform zu finden. Die Vertröstungen des Arbeitsministers, er werde zu gegebener Zeit seine Vorlage im Ausschuss erläutern, lassen befürchten, dass selbst bis zu diesen Beratungen die Bundesregierung noch nicht begriffen hat, wie wichtig die Lösung des Themas Nr. 1 ist.

Ohne neue Gesichtspunkte

sp. Form und Ton der etwas lang geratenen Rede des Bundesaus-
senministers liessen deutlich den Wunsch erkennen, den mehr als un-
befangenen ausserpolitischen Plaudereien, mit denen der Kanzler in
letzter Zeit die Öffentlichkeit überrascht hat, eine etwas ausgewo-
genere Darstellung des Regierungsstandpunktes an die Seite zu stel-
len. In der Sache freilich gab es keine neuen Gesichtspunkte. Man
konnte sie auch kaum erwarten, da man weiss, dass die Regierung nun
einmal auf dem schwer verständlichen Standpunkt steht, ihre bisheri-
ge Politik habe sich als richtig erwiesen.

Dagegen konnte man gewisse neue Nuancen feststellen, die sich
nicht unerheblich von dem unterschieden, was man in letzter Zeit vom
Kanzler zu hören gewohnt war. Hierher gehören auch die Feststellungen
Brentanos: "Die Bundesregierung ist an einer Verbesserung ihres Ver-
hältnisses zur Sowjetregierung um des Friedens und der Sicherheit in
Europa willen aufrichtig interessiert. Sie weiss, dass die Wieder-
vereinigung Deutschlands nicht gegen die Sowjetunion ertrotzt werden
kann. Die Bundesregierung ist weit davon entfernt, jede Änderung der
sowjetischen Politik oder Wandlungen der inneren Verhältnisse in der
Sowjetunion zu ignorieren." Hinweise, welche Schlussfolgerungen die
Regierung aus dieser Erkenntnis zu ziehen beabsichtige und die gleich-
zeitig etwas Neues zum Inhalt haben, fehlten allerdings. Es gab also
keinen Ansatz für die Hoffnung, die Bundesregierung werde in der Frage
der deutschen Einheit die internationale Diskussion durch einen neuen
Gedanken bereichern, der geeignet sein kann, aus der gegenwärtigen
Stagnation herauszukommen.

Daneben fanden sich manche Einzelfeststellungen, denen man auch
von einem anderen grundsätzlichen Standpunkt aus beipflichten kann.

Jedenfalls kann die Rede des Aussenministers einer sehr sorg-
fältigen Analyse durch den Führer der Opposition in der Freitag-De-
batte sicher sein, der die Gelegenheit benutzen wird, die aussenpo-
litischen Auffassungen seiner Partei in aller Öffentlichkeit darzu-
legen.

+

+

+

- 3 -

Israel - Land des Aufbaues

von Ludwig Metzger, MdE.

Der Verfasser dieses Berichtes weilte kürzlich in Israel.

Israel ist ein Land des Aufbaus, in dem die Juden Aussergewöhnliches geleistet haben. Das war allerdings nur möglich, weil die Kräfte der Gemeinschaft - vor allem auch auf wirtschaftlichem Gebiet - lebendig waren und sind. Davon konnten Frau Bundestagsabgeordnete Wolff aus Berlin und ich auf einer Reise durch Israel einiges erfahren und sehen.

Schon im Jahre 1870 haben französische Juden die landwirtschaftliche Schule Mikve-Israël nahe bei Tel-Aviv gegründet. Sie hat Generationen von jungen Menschen, die zum grossen Teil nicht die geringsten Voraussetzungen für ihre Aufgabe mitbrachten, als Bauern ausgebildet. Darüber hinaus hat sie Boden und Klima Palästinas wissenschaftlich erforscht und viele wertvolle Pflanzen und Bäume dort heimisch gemacht. Der Jüdische National-Fonds kaufte weite Strecken wüsten und meist total vernachlässigten Landes von arabischen Effendis, den er jüdischen Siedlern oder Gemeinschaften von Siedlern verpachtet hat. Die Zahl der Juden betrug 1882: 24 000, 1914: 85 000, 1939: 445 460, 1945: 829 000, 1955: 1 716 000 (davon 47 % aus Europa, 34,5 % aus Asien und 14,9 % aus Afrika.) Am 15. Mai 1948 hat David Ben Gurion - nach Beschlussfassung durch die Vereinten Nationen und nach Abzug der Engländer als Mandatsmacht - die Errichtung eines jüdischen Staates, genannt Israel, proklamiert.

Histadrut - Gewerkschaft eigener Art

Die Staatsgründung wäre wohl kaum möglich gewesen, wenn die Juden sich in der Türkenzeit und während der englischen Mandats Herrschaft nicht schon Organisationen geschaffen hätten, auf die eine staatliche Ordnung sich hätte stützen können. Dazu gehört vor allem die Histadrut, die israelische Gewerkschaft. Ihre Aufgabe geht weit über die der uns bekannten Gewerkschaften hinaus. Die besondere Lage der Juden in Palästina hat ihr geradezu zwangsläufig gewisse Wege gewiesen.

Im Jahre 1920 haben sich in Haifa 100 Männer und Frauen als Vertreter von 4 500 Arbeitern der verschiedensten Sparten versammelt. Sie beschlossen eine einheitliche Organisation für alle jüdischen Arbeiter, die Histadrut. Sie standen vor der Notwendigkeit, nicht nur bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, sondern vor allem auch zu helfen, das Land zu entwickeln, um den nachfolgenden Einwanderern Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und sie, wenn nötig, zuvor für ihre Arbeit auszubilden. Vieles, was sonst der Staat durchführt, musste im Gebiet der Mandatsmacht durch die Gewerkschaft getan werden. Sie hat sich um die ärztliche Betreuung der Siedler in den entfernten Gebieten gekümmert. Bald dehnte sich die Arbeit auf alle Siedlungen aus; hinzu kamen die ärztliche Kontrolle und Betreuung der Neuankömmlinge. So entstand der Arbeiter-Kranken-Fonds Kupat Holim, der heute 852 Kliniken in allen Teilen des Landes und eine grosse Zahl von Krankenhäusern unterhält. Alle Mitglieder der Histadrut haben mit der Zahlung ihres Gewerkschaftsbeitrages völlig freie Krankenbehandlung. Als Arbeitergewerkschaft hat die Histadrut die Allgemeine kooperative Vereinigung, genannt Hevrat Odim, geschaffen, in der eine ganze Reihe von Organisationen

zusammengeschlossen sind. Dazu gehören u.a. die Arbeiterbank, die Versicherungsgesellschaft Hasmeh, 241 Produktivgenossenschaften, 404 Konsumgenossenschaften und die Gesellschaft Solel Boneh, die 84 Unternehmen besitzt und kontrolliert. Damit ist die Gewerkschaft nicht nur Vertreterin von Arbeitnehmerinteressen, sondern zugleich einer der grössten Arbeitgeber des Landes. Zur Erschliessung und Förderung des Landes war sie genötigt, aus der Kraft der Gemeinschafts-Unternehmungen zu gründen, an die sich Privateigentümer des grossen Risikos wegen nicht heranzuwagen.

Genossenschaftlich bewirtschaftetes Land

Auch die dörflichen Gemeinwesen, die als Kibbutz (Mehrzahl: Kibbutzim) oder als Moshav (Mehrzahl: Moshavim) organisiert sind, gehören zur Histadrut. Sie sind mit das Interessanteste, das wir in Israel gesehen haben. In den Kibbutzim gibt es kein Privateigentum. Das Land ist National Eigentum und wird gemeinschaftlich bewirtschaftet. Löhne werden keine gezahlt, aber jeder hat Anspruch auf Versorgung durch das Kibbutz, auch bei Arbeitsunfähigkeit. Alle essen gemeinschaftlich in einem durchweg sehr schönen Speisesaal. Die Kinder werden, soweit sie nicht schulpflichtig sind, tagsüber in modern eingerichteten Krippen und Kindergärten versorgt. Ab 5 Uhr nachmittags findet sich die Familie zusammen.

Die Moshavim sind genossenschaftlich organisiert. Auch hier gehört das Land dem Jüdischen Nationalfonds, aber jeder Siedler bewirtschaftet den ihm zugesprochenen Anteil zusammen mit seiner Familie. Fremdarbeit ist grundsätzlich verboten und Lohnarbeit damit ausgeschlossen. Gegenseitige Hilfe ist selbstverständlich. Wenn ein Siedler krank wird oder stirbt, übernimmt ein Mitglied des Moshav seine Arbeit, bis ein Nachkömmling fähig ist, die Wirtschaft selbst zu führen. Alle Waren, Geräte, usw. werden von der Gemeinschaft eingekauft, alle Produkte werden dem Moshav abgeliefert und gemeinschaftlich verkauft. Im Moshav gibt es kein Geld, sondern nur Gutscheine. Alle Angelegenheiten sowohl im Kibbutz als auch im Moshav werden in Gemeindeversammlungen, an denen alle erwachsenen Männer und Frauen teilnehmen, besprochen; hier werden auch die Vertretungskörperschaften gewählt. Ohne diese Siedlungen mit starker Gemeinschaftsbindung hätte die Wüste nicht in fruchtbares Land, hätte verkarsteter Boden nicht kultiviert werden können.

Was allein in bezug auf die Wasserversorgung dieses einst dünnen Landes geleistet worden ist, muss bewundert werden. Nicht nur auf dem Küstenstreifen entlang des Meeres und in den Bergen von Galiläa im Norden finden wir die Kibbutzim und Moshavim, sie sind auch schon weit bis zur Wüste Negev im Süden vorgedrungen. Hier sind Menschen am Werk, die mit Idealismus, Arbeitssamkeit und Opferfreudigkeit aus sozialistischem Geist Außerordentliches vollbringen. Bei aller Verschiedenartigkeit des Herkommens und trotz aller dadurch bedingten Schwierigkeiten sind sie sich - das war unser Eindruck - einer neugewonnenen Freiheit bewusst.

Noch nicht vernarbte Wunden

Wir sind allenthalben freundlich, zum Teil sogar herzlich, aufgenommen worden, ob es sich nun um Politiker und Mitglieder der Regierung oder um Menschen, die wir im täglichen Umgang trafen, handelte. Sicher sind bei vielen die Wunden, die ihnen durch ein verbrecherisches System geschlagen worden sind, noch nicht vernarbt. Aber sie wissen zu unterscheiden, und sie finden allmählich ein neues Verhältnis zum

deutschen Volk. Die Wiedergutmachung wird weithin als ein Zeichen guten Willens gewertet. Ein Vertreter des israelischen Aussenministeriums hat mir offen gesagt, dass man begrüsst würde, wenn die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen würde. Und der Vorsitzende der Mapei, der grössten Regierungspartei und unserer sozialistischen Bruderpartei, meinte in einer Dischrede, es müsse ein Kompromiss zwischen dem schweren Geschehen der Vergangenheit und den Erfordernissen der Gegenwart gefunden werden.

* * *

Unerträgliche Übergriffe

ler. Dass die Bundesrepublik, wie offiziell stets versichert wird, ein souveräner Staat ist, scheinen Mitglieder der in der Bundesrepublik stationierten französischen und amerikanischen Streitkräfte nicht immer wahr haben zu wollen. Zum Glück ist es nur ein winziger Bruchteil der alliierten Besatzungsmächte, aber immerhin bedeutsam genug, um Ärger, Verbitterung und sogar den Verlust von Menschenleben herbeizuführen. Diese Soldaten tun so, als ob sie sich, elf Jahre nach Kriegsende, noch immer in Feindesland befänden, dessen Bewohner als Proiwild gelten. Die Liste der Beschwerden jener Stämme, in denen alliierte Truppen stationiert sind, umfasst eine weite Skala, sie reicht von Belästigungen der Zivilisten über leichte und schwere Körperverletzungen bis zu Raubüberfällen, Sittlichkeitsverbrechen, ja bis zum Totschlag und Mord. Es gibt Orte, in denen Schlägereien, nächtliche Ruhestörungen und schwere Sachbeschädigungen zum, freilich höchst unerfreulichen, Alltag gehören.

Diese betrübliche Angelagenheit bekommt einen umso bittereren Beigeschmack, als der deutsche Steuerzahler mit anderthalb Milliarden Stationierungskosten die gleichen Soldaten bezahlen muss, aus deren Reihen die Übergriffe gegen Eigentum, Leben und Gesundheit bundesrepublikanischer Bürger kommen. Ist das nicht ein bisschen zu viel verlangt? So kann es nicht Wunder nehmen, wenn sich die Klagen der davon betroffenen Deutschen häufen, Unsicherheit und Unruhe Platz greifen.

Besonders schlimm scheint es in einigen bayerischen Gefilden zuzugehen. Die Beschwerden und die verständlichen Zornesausbrüche empörter bayerischer Bürger drangen bis an das Ohr des bayerischen Ministerpräsidenten Högners. Dieser wandte sich gleich an die richtige Stelle, an den Oberbefehlshaber der 7. amerikanischen Armee, Generalleutnant Clarke. Clarke will nun alles veranlassen, dass seine Soldaten künftig Ausschreitungen unterlassen. Das ist gut so, hoffentlich tut sein französischer Kollege das gleiche. Die Bevölkerung Baden-Württembergs würde es mit Dank vermerken. Denn wenn schon die alliierten Soldaten von deutschen Steuergeldern - immerhin 1 1/2 Milliarden DM - mitbezahlt werden, kann man dafür wohl erwarten, dass sie sich wie Gäste aufführen. Obendrein sind sie ja auch unsere Verbündete...

* * *

- 6 -

Grenzen des kirchlichen Hirtenamtes

von Maria Meyer-Sevanich, M.A.L.

Der politische Katholizismus ist durchaus nicht der Katholizismus schlechthin; es ist grundfalsch, ihn mit der römisch-katholischen Kirche zu identifizieren. Auch wenn noch so viele Anzeichen dafür sprächen. Das beweist erneut und sehr nachdrücklich die innerkatholische Auseinandersetzung um die Frage der Lehrerbildung in Bayern. Die "Werkhefte katholischer Laien" Heft 3/56 sind der Ansicht, die hier entstandene Diskussion habe nahezu alle Grundprobleme unserer Gesellschaft - innerkirchliche wie politische - aufgeworfen. Die katholische Monatschrift meint, vor allem stünden folgende Fragen im Raum: 1. Welches sind die politischen Wirkformen des Christen in einer nicht mehr christlichen Gesellschaft?

Das ist - angesichts der üblichen CDU-Propaganda im katholischen Bereich - eine Revolution für sich. Seither schien es nur eine legitime Wirkform für den Katholiken zu geben (was wir freilich immer bestritten haben!): in der Partei Konrad Adenauers.

2. Welches sind die Grenzen von Freiheit und Gehorsam für den katholischen Laien gegenüber dem kirchlichen Hirtenamt? Wieweit geht der Anspruch der Kirche auf gesellschaftliche Anerkennung und politisches Mitspracherecht?

3. In welchem Zueinander stehen Demokratie und kirchliche Autorität für den katholischen Gläubiger?

Angesichts der Auseinandersetzung um die Schulpolitik im Lande Bayern sind in die Erörterung dieser grundlegenden Fragestellung zahlenmäßig mehr Katholiken einbezogen, als das bisher irgendwo in der Bundesrepublik der Fall war. So fand z.B. eine Veranstaltung des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnen-Vereins statt, zu der diese Organisation die katholischen Mitglieder geladen hatte, an der mehrere tausend katholische Lehrkräfte teilnahmen. Das Thema der Veranstaltung aber lautete: "Der katholische Lehrer und die kirchliche Autorität".

Wilhelm Ebert, Vorsitzender des Vereins und selbst katholischer Gläubiger, forderte für die schulpolitischen Fragen, auch innerhalb der Kirche, die freie Diskussion und die Selbstverantwortung des katholischen Laien.

Die "Katholische Erziehungsgemeinschaft in Bayern" stellte sich -

wie zu erwarten war - in ihrem Organ: "Die Katholische Schule" leidenschaftlich auf den Standpunkt der Gehorsam heischenden Verfechter des Klerikalismus. In gleichen Sinne nahm das Münchner "Klerusblatt" Stellung. Kardinal Wendel nahm die Fragestellung in einer Predigt auf und erklärte, man könne sich nicht - unter Berufung auf das eigene Gewissen - einer Vorschrift der Kirche einfach entziehen. Demgegenüber nehmen die "rebellierenden" katholischen Lehrer grössere Freiheit für sich in Anspruch. Dem rein äusserlich und schematisch gefassten Gehorsamsbegriff setzen sie den inneren, aus gereifter eigener Entscheidung wachsenden Gehorsam entgegen. Solcher Art stehen innerhalb des Katholizismus zwei Fronten in wichtigsten Fragen mit sehr gegenteiligen Ansichten einander gegenüber; ohne dass auf der einen oder anderen Seite auch nur einer der Beteiligten versucht wäre, aus der grossen kirchlichen Gemeinschaft und ihrer - von allen bekannten - Glaubenswahrheit auszuweichen.

Die grosse Frage aber, die in Bayern noch der Beantwortung wartet, wird von den katholischen Werkheften wie folgt formuliert:

"Was aber macht die kirchliche Autorität, wenn nicht nur Einzelne, sondern ein grosser Teil eines Berufsstandes - unter Berufung auf seine Sachkenntnis und sein Gewissen - sich zwar selbst als gehorsame Katholiken betrachtet, aber in Fragen seines Berufes in Widerspruch zum kirchlichen Hirtenamt steht?"

Wir meinen, eben weil der politische Katholizismus mit der Kirche nicht identisch ist, gilt für die Antwort das Wort Papst Pius X. in der Enzyklika "Il fermo proposito":

"Aber die Kirche, in ihrer langen Geschichte, hat immer und bei jeder Gelegenheit in erleuchteter Weise gezeigt, dass sie eine wunderbare Tugend der Anpassung an die veränderlichen Bedingungen der zivilen Gesellschaft besitzt. Ohne jemals die Integrität und Unveränderlichkeit des Glaubens und der Moral zu gefährden und immer ihre geheiligten Rechte wachend, beugt und fügt sie sich leicht in allem, was akzidentell ist, den Ereignissen der Zeit und den neuen Erfordernissen der Gesellschaft".

* * *

Verantwortlich: Peter Rauneu